



OFFENER BRIEF

der Initiatorinnen der Kampagne gegen sexualisierte Gewalt

#ichhabnichtangezeigt

an

Frau Dr. Kristina Schröder, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Frau Prof. Dr. Annette Schavan, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Herrn Dr. Hans-Peter Friedrich, Bundesministerium des Innern

Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerium der Justiz

Dieser Offene Brief war vom 11. Juni 2012 bis zum 15. Juni 2012 zur Unterschrift freigegeben und wurde von 1550 NGOs und Privatpersonen unterschrieben.

Frau Dr. Kristina Schröder, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Frau Prof. Dr. Annette Schavan, Bundesministerium für Bildung und Forschung
Herrn Dr. Hans-Peter Friedrich, Bundesministerium des Innern
Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerium der Justiz

München, 11. Juni 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

sexualisierte Gewalt ist ein Angriff auf die Menschenwürde. Sie geschieht jeden Tag in jeder Gesellschaftsschicht. Jede und jeder kann davon betroffen sein.

Die Ergebnisse der Kampagne #ichhabnichtangezeigt, die seit dem 3. Mai 2012 läuft, legen den Schluss nahe, dass sexualisierte Gewalt in unserer Gesellschaft Normalität anstatt Ausnahme ist.

Es ist offensichtlich, dass die Gesellschaft in der Übernahme der Verantwortung versagt und sie statt dessen an die Betroffenen abgibt, indem sie die Betroffenen gesellschaftlich ausgrenzt und dazu verdammt, eine heile Welt vorzutäuschen. Dieses Klima des Schweigens ist einer zivilisierten Gesellschaft wie der unsrigen nicht würdig, und daher sehen wir dringenden Handlungsbedarf.

Wir nehmen Sie darum in die Pflicht, diesen Missstand zu beheben und sich Ihrer Verantwortung zu stellen, um künftige Straftaten zu vermeiden, Opfer kompetent zu unterstützen und zu einem aufgeklärten Wandel im gesellschaftlichen Bewusstsein beizutragen.

Daher fordern wir vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

- Aufklärung der Öffentlichkeit über sexualisierte Gewalt und Vergewaltigungsmythen anhand der Forschungsergebnisse repräsentativer Studien, Erfahrungen der langjährigen Arbeit der Frauennotrufe, Beratungsstellen und Frauenhäuser
- Aufklärung der Öffentlichkeit über respektvolles Verhalten und die Formen sexueller Belästigung
- Bessere Ausstattung und Ausbildung der Jugendämter, um gegen sexuellen Missbrauch in Familien schnell und effektiv vorgehen zu können.
- Förderung von Selbstbehauptungskursen zur Stärkung des Selbstbewusstseins und Vermittlung einer eigenen selbstbestimmten Sexualität durch Träger der freien Jugendarbeit und der autonomen Frauenarbeit
- Gesicherte Finanzierung von Anlaufstellen wie Frauennotrufe, Frauenberatungsstellen, Frauenhäuser und Opferberatungsstellen und Prävention durch den Bund

Daher fordern wir vom Bundesministerium für Bildung und Forschung:

- Aufklärung in Schulen über sexualisierte Gewalt und Vergewaltigungsmythen anhand der Forschungsergebnisse repräsentativer Studien, Erfahrungen der langjährigen Arbeit der Frauennotrufe, Beratungsstellen und Frauenhäuser als fester Bestandteil des Lehrplans
- Aufklärung in Schulen über respektvolles Verhalten und dass sexuelle Belästigung weder Flirt noch humorvoll ist als fester Bestandteil der Lehrpläne

- Altersgemäße Aufklärung über eine selbstbestimmte Sexualität als fester Bestandteil des Sexualkundeunterrichts
- Förderung von Selbstbehauptung zur Stärkung des Selbstbewusstseins als regelmäßiger Bestandteil der Schullaufbahn aller Kinder und Jugendlichen
- Aufklärung über Homosexualität, Intersexualität und Transsexualität als fester Bestandteil des Lehrplans zur Prävention von sexuellen Übergriffen gegen die Betroffenen

Daher fordern wir vom Bundesministerium des Innern:

- Psychosoziale Begleitung von Vergewaltigungsopfern von der Anzeige bis zum Prozessende durch entsprechend ausgebildete Mitarbeiterinnen
- Fortbildung aller Polizisten und Polizistinnen zum Thema sexuelle Gewalt anhand der Forschungsergebnisse repräsentativer Studien, Erfahrungen der langjährigen Arbeit der Frauennotrufe, Beratungsstellen und Frauenhäuser
- Aufklärung aller Polizisten und Polizistinnen über die Bandbreite der Betroffenen: Frauen, Kinder und Männer, auch im Hinblick auf homosexuelle Frauen und Männer, transsexuelle Frauen und Männer, Intersexuelle, Frauen, Männern und Kindern mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen, um der Angst der Betroffenen vor weiterer Diskriminierung durch die Polizei entgegenzuwirken
- Fortbildung aller Polizisten und Polizistinnen zum Thema Traumatisierung
- Supervision aller Polizisten und Polizistinnen, die mit sexualisierter Gewalt konfrontiert werden, um einer Sekundärtraumatisierung vorzubeugen
- Finanzielle und personelle Unterstützung der Polizei bei Präventionsarbeit – z.B. für von der Polizei veranstaltete Selbstverteidigungskurse für Frauen oder für Kinder, für Aufklärungskampagnen und Aufklärungsveranstaltungen durch ausgebildete Mitarbeiter_innen der Polizei

Daher fordern wir vom Bundesministerium der Justiz:

- Aufhebung der Verjährungsfristen bei sexueller Gewalt, um den Opfern gerecht zu werden, die aufgrund von Traumatisierung erst nach langer Zeit dazu in der Lage sind, Anzeige zu erstatten
- Bundesweite Einrichtung von ausreichenden Notfallambulanzen zur anonymen Spurensicherung, um den Opfern eine spätere Anzeige zu ermöglichen
- Zudem unterstützen wir die Forderungen des 37. Feministischen Juristintages vom 8. Mai 2011 in Frankfurt
<http://www.feministischer-juristintag.de/resolutionen.html>

Diese Forderungen sind nur der Anfang dafür, um sexualisierte Gewalt einzudämmen. Um einen Wandel im gesellschaftlichen Bewusstsein herbeizuführen, bedarf es weiterer Forschung, Öffentlichkeitsarbeit und Förderung von NGOs, die sich dieses Themas annehmen.

Mit freundlichen Grüßen

1. Daniela Oerter
2. Sabina Lorenz
3. Inge Kleine

die Initiatorinnen der Kampagne #ichhabnichtangezeigt